

die Förderung geringer sein; „Epoca“ vom 9. Oktober schätzt sie auf 2 350 000 t gegen 2 753 000 t im ersten Halbjahr.

Die Bekämpfung der Kohlennot

Welche Maßnahmen sind nun in Spanien ergriffen, um die Kohlennot zu bekämpfen? Am nächsten liegt der Gedanke, die eigene Kohlenförderung zu steigern. In welchem Umfang dies geschehen ist, haben wir oben bereits gesehen. Immerhin genügt diese Mehrförderung den stark gesteigerten Ansprüchen nicht. Daher nimmt es nicht wunder, daß zum Abbau neuer Steinkohlenlager eine Reihe neuer Gesellschaften gegründet wurden, die ihre Tätigkeit allerdings erst nach Anlage der notwendigen Schacht- und Förderanlagen aufnehmen können. Im Jahre 1916 z. B. wurden acht neue Gesellschaften gegründet, die sich dem Kohlenbergbau zuwenden wollen; das Gesamtkapital dieser Gesellschaften (Rev. Econ. y Hacienda, 1917, No 1) umfaßt 11,7 Mill. Pts, von denen aber auf die beiden größten Unternehmungen, die „Compañía General de Carbones“ (Barcelona) und die „Minera del Caudal y de Aller“ (Gijón) je 5 Mill. Pts entfallen.

Ob die Projekte französischer Finanzleute, sich in größerem Umfang an der Erschließung neuer Kohlenlager in Spanien zu beteiligen, sich sobald verwirklichen lassen, muß stark bezweifelt werden.

Eine zweite wichtige Maßnahme zur Behebung der Kohlennot besteht in der Förderung der Kohleneinfuhr. Zunächst wandte sich die spanische Regierung zu diesem Zwecke an England, indem sie 1917 den Marquis de Cortina nach England schickte, der über den gegenseitigen Austausch von Erzen und Kohlen mit den maßgebenden Kreisen Verhandlungen führte. Diese Verhandlungen sind offenbar jetzt erst zu einem endgültigen Abschluß gekommen; berichtet doch das „Hamburger Fremdenblatt“ vom 10. Dezember, daß der Handelsvertrag zwischen Spanien und England für die Ein- und Ausfuhr von Kohlen, Eisenerz und Obst abgeschlossen sei. Da die englische Kohlenzufuhr seit Februar 1917 infolge des uneingeschränkten U-Bootkrieges weiter stark zurückgegangen war, versuchten die spanischen Konsumenten die Kohleneinfuhr aus der Union zu fördern, um so mehr, als auch schon 1915 von dort größere Kohlenmengen als 1914 eingeführt waren.

Ende 1916 wurde ein Projekt ausgearbeitet über die Kohlenversorgung der verschiedenen Provinzen aus den sechs verschiedenen Kohlenbezirken. Nach diesem Projekt sollten für den Privatbedarf Kohlen beziehen die Provinzen Oviedo, Santander, Vizcaya, Lugo, Pontevedra, Guipuzcoa, Barcelona, Huelva, Canarias, Madrid, Málaga, Almería, Murcia, Alicante, Valencia, Castellón, die afrikanischen Besitzungen und die Nordbahnen aus dem asturischen Kohlenbecken; Bilbao, Orense, Zamora, Salamanca, Cáceres, Zaragoza, Lérida und León aus dem leonesischen Kohlengebiet; Madrid, Toledo, Albacete, Murcia, Ciudad Real, Jaén, Badajoz, Valencia, Cuenca und die Südbahnen aus dem Becken von Puertollano; Jaén, Badajoz, Sevilla, Granada, Cádiz, Balearen, Córdoba und Südbahnen aus dem Becken von Córdoba; Valencia, Valladolid, Barcelona, Burgos, Segonia, Soria, Alava, Avila, Navarra, Zaragoza und Logroño aus dem Becken von Valencia; Zaragoza, Guadalajara, Teruel, Huesca, Barcelona und Valencia aus dem Becken von Utrillas (Teruel) und Mequinenza (Zaragoza).

Ob dieses Verteilungsschema zur Durchführung gekommen ist und ob es sich bewährt hat, woran wir zweifeln möchten, darüber liegen uns keine Mitteilungen vor. Wahrscheinlich ist es nur ein Produkt der „organismos burocráticos“, die gewöhnlich die freie Entwicklung der Kohlenindustrie erschwert haben, wie das auch von der „Junta de Defensa del Consumo Sullera“ behauptet wird.

Große Erwartungen knüpfen sich weiter an das im Sommer 1917 geschaffene nationale Kohlenkonsortium (Consorcio nacional de carbonero). Das königliche Dekret vom 12. Juli („Revista minera“ vom 16. 7. 1917) enthält die folgenden Bestimmungen, deren wichtigste lauten:

Artikel 1. In Anbetracht der durch das Gesetz der Ermächtigungen vom 2. 3. 1917 der Regierung verliehenen Befugnis und in Berücksichtigung der für Spanien wichtigen Förderung der Industrie wird unter allen Kohlenproduzenten ein nationales Kohlenkonsortium gebildet. In diesem Konsortium vereinigen sich alle örtlichen Syndikate, die in jedem größeren Bezirk der Kohlenförderung gebildet werden.

Artikel 2. Das Konsortium soll den Ertrag der Kohlengruben durch Zusammenfassen der kleineren Betriebe, durch Schürfen nach Kohlenfeldern und durch Anwendung von mechanischen Betriebsmitteln steigern. Ferner soll durch Bau von Eisenbahnen, Hafenerweiterungen, Lagerplätzen und Verladestellen, durch Anschaffung von Verkehrsmitteln und Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter die Produktion erhöht werden.

Artikel 10. Der Staat wird dem Konsortium den Bau der für den Abbau wichtigen Kohlenfelder nötigen Eisenbahnen erleichtern. Auf Vorschlag der leitenden Zentrale können zu diesem Zwecke den Bergwerksgesellschaften Vorschüsse in bar nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Industrie vom 2. 3. 1917 gemacht werden. Auch wenn es sich um den Ankauf von rollendem Eisenbahnmateriale, um Hafendarbeiten und um Arbeiterhäuser handelt, können Vorschüsse geleistet werden.

Artikel 12. Für die im Artikel 9 angeführten Subventionen und die im Artikel 10 vorgesehenen Vorschüsse werden von der Regierung bis zu 30 Mill. Pts Schatzscheine im gegenwärtigen Haushalt ausgegeben.

Erfreulich ist, daß dank dieser Bestimmungen besonders zwei Abständen abgeholfen werden soll, die wesentlich mit zur Verschärfung der Kohlennot beigetragen haben: dem Wagenmangel und dem Fehlen von Kohlenbahnen. Haben doch die Grubenbesitzer des asturischen Kohlenbeckens wiederholt darauf hingewiesen, daß sie ihre tägliche Kohlenförderung um 6000 t steigern könnten, wenn endlich die Bahn von Ponferrada nach dem Kohlenbecken gebaut würde, und wenn ihnen mehr Wagen für den Abtransport der Kohlen zur Verfügung gestellt würden.

Wann die Kohlennot in Spanien behoben sein wird, wissen wir nicht. Darin hat aber L. de la Peña Recht, wenn er sagt: „Im Augenblick sind alle Diskussionen über die Kohlenkrisis unnützlich; appelliert im vaterländischen Interesse an das Pflichtgefühl der Grubenbesitzer und Arbeiter, sie sollen mehr Kohlen produzieren; appelliert an die Schiffsbesitzer und Seeleute, mehr Kohlen heranzuschaffen, und ermahnt die Verbraucher, im Interesse der Allgemeinheit mehr Kohlen zu sparen.“

Dr. O. Quelle

Der Niedergang des portugiesischen Kolonialreiches

Die innere Entwicklung scheint in Portugal einen ähnlichen Verlauf zu nehmen, wie in Rußland. Zunehmende wirtschaftliche Not, Unruhen und wachsende Kriegsmüdigkeit im Lande und vor allem unter den Truppen haben die herrschende

liberale Kriegerpartei zum Sturz gebracht. Den sich mehrenden Lebensmittelunruhen und der heraufziehenden revolutionären Krise hatte Affonso Costa, der einst so gefeierte Volksmann und republikanische Reformator, sich nicht gewachsen gefühlt und

daher die Regierung einem starken Manne übergeben, dem General Norton de Matos (vorher Kriegs- und Kolonialminister und Generalgouverneur von Angola), dessen Energie sich 1915 in der Niederwerfung des nach dem Konflikt mit unseren Südwesttruppen sich über ganz Angola ausbreitenden Eingeborenenaufstandes bewährt hat. Vielleicht, daß gerade dieser Versuch, die innere Lage durch militärische Autokratie zu retten, den Ausbruch der Volks- und Truppenrevolution beschleunigt hat. Nicht unwesentlich wird auch unter den Truppen die Furcht gewirkt haben, daß ein neuer Massenschub nach der französischen Front, die eben erst vom Präsidenten besichtigt wurde, in Aussicht stände. Außerdem haben zweifellos der feste, über die Alliierten hinwegschreitende Friedenswille der russischen Regierung, der italienische Zusammenbruch und die englische Niederlage bei Cambrai die revolutionäre Stimmung mächtig unterstützt. So fand der Versuch einer Militär- autokratie ein schnelles Ende. Man wird jetzt wohl in Portugal zunächst eine ähnliche Situation bekommen, wie sie in Rußland unter Kerenski entstand. Wenigstens läßt die prompte Erklärung der Bündnistreue an die Verbündeten darauf schließen, daß auch die neuen Machthaber noch nicht wider den englischen Stachel zu löcken wagen. Man wird dabei berücksichtigen müssen, daß Portugal völlig unter wirtschaftlicher und maritimer Abhängigkeit von England lebt, also das Joch nicht abschütteln kann. Erst der völlige innere Zusammenbruch, der aber wohl erst mit dem Frühjahr nach ganzlichem Verbrauch der eigenen Nahrungsmittelernte zu erwarten steht, wird die letzte Phase des Friedenswillens um jeden Preis, auch unter Preisgabe der Kolonien an England, herbeiführen.

Von besonderem Interesse wird die Stellung sein, die das neue Regime zum Kolonialkrieg und überhaupt zur Kolonialfrage einnimmt. In Nr. 48. hatte ich die großen und für Portugal unerträglichen finanziellen Kriegslasten dargestellt. Darunter fanden sich für 1916/17 10 Mill. und für 1917/18 (bis Ende März) 20 Mill. Escudos für die militärischen Operationen in Portugiesisch-West- und Ostafrika. Nun kommt jetzt die englische Meldung, daß der ostafrikanische Feldzug dem Ende nahe sei, und der letzte Rest der Deutsch-Ostafrikaner sich nach Mozambique zurückgezogen habe. Wenn damit auch für die Südafrikanische Union der Feldzug so gut wie beendet ist, so hat doch Portugal mit weiteren Kämpfen und mit der Gefahr zu rechnen, daß der jetzt schon bedrohliche und große Anstrengungen erfordernde Aufstand in Barue, im Hinterlande von Beira sich ausbreiten und von dem unermüdblichen v. Lettow-Vorbeck organisiert werden könnte.

In Angola hat der ancheinend um die Jahresmitte, vielleicht auch schon früher, ausgebrochene Eingeborenenaufstand, wie wir noch sehen werden, gewaltige Dimensionen angenommen und erfordert eine Aktion großen Stiles.

Wenn die neue Regierung nicht die beiden wichtigsten Kolonien schon jetzt verloren geben will, muß sie weiter die physischen und finanziellen Lasten des Kolonialkrieges tragen. Und diese sind, da der englische Druck eine Aufgabe der noch schwerer wiegenden europäischen Kriegsbeteiligung nicht gestatten wird, für Portugal schier unerträglich. Schon Anfang Juli unterhielt, wie „Revista Colonial“ v. 25. 7. mitteilte, Portugal eine Kampfruppe von rund 50 000 Mann in Afrika (worunter etwa 40 000 Weiße und 10 000 Farbige). Dies Heer kommt dem für Deutsch-Ost aufgestellten Unionsheer zumindest sehr nahe. Da davon wohl an 40 000 auf Portugiesisch-Ost entfallen, mag man hieran die hervorragenden Leistungen unserer über die Portugiesen siegreichen Deutsch-Ostafrikaner abschätzen. Inzwischen hat der Aufruhr in

Angola und auch der in Barue weitere erhebliche Truppenanschübe erforderlich gemacht.

Die gesamten Kolonialkriegsausgaben bis Ende Juni bezifferte „Seculo“ v. 27. 10. auf 34,5 Mill. Escudos (etwa 120 Mill. M.), die damaligen monatlichen Ausgaben auf 1 Mill. Escudos. Da aus den angegebenen Gründen eine Steigerung unermesslich gewesen ist, außerdem die allgemeine Teuerung die Kosten erhöht, werden bis Ende des Etatsjahres (Ende März 1918) sicher die vorgesehenen 20 Mill. verbraucht werden und demnach bis dahin die Gesamtausgaben auf 50 Mill. Escudos (etwa 175 Mill. M.) gestiegen sein. Es scheint aber, daß man einen Teil der Ausgaben für Angola auf die Kolonie abwälzen will, da diese jetzt eine Anleihe von 8 Mill. Escudos (zumeist für unbezahlte alte und neue Expeditionskosten) aufnimmt.

Und all diese Opfer an Gut und Blut sind wahrscheinlich vergeblich gebracht. Je schlechter die Kriegslage für die Entente wird, desto näher rückt die Gefahr, daß Portugal zu den Staaten gehört, die die englische Kriegszüge bezahlen müssen. England braucht Faustpfänder für den Friedensstich und wird sie, da es den Mittelmächten nichts mehr abnehmen kann, rücksichtslos den schwachen Verbündeten rauben. Solange noch von Portugal irgend eine beträchtliche Kriegshilfe zu hoffen ist, mag England noch warten und seinen späteren Zugriff nur vorbereiten. Sobald aber die Verhältnisse in Portugal hoffnungslos sich gestalten, wird man die „schützende“ Hand auf die Kolonien legen.

Es scheint, als ob die englische Regierung schon jetzt die öffentliche Meinung auf die kommende Aktion vorbereiten will. Minister Henderson hat, allerdings als Privatmann, auf der Sozialistenkonferenz in London den Vorschlag eines neutralisierten Mittelafrika reiches gemacht, das von Meer zu Meer und von Sambesia bis zum Süden der Sahara reichen und unter Aufsicht einer internationalen Kommission der freien wirtschaftlichen Betätigung aller Völker offen stehen soll. Wenn auch England hierin einen Teil seiner Kolonien einschließen müßte, so blieben doch Deutschland, Belgien und vor allem Portugal die Hauptleidtragenden. England hätte überdies den Vorteil, daß dann kein starkes deutsches Zentralafrika bestände, ganz abgesehen davon, daß es mit Hilfe seiner Verbündeten die internationale Kommission dirigieren würde und nötigenfalls auf die Übernahme des Reiches durch die südafrikanische Union unter der Parole „Afrika den Afrikanern“ hinwirken könnte. In Portugal hat, dieser von den dortigen Sozialisten enthüllte Plan, den manche als Versuchsballon der englischen Regierung ansehen, unangenehmes Aufsehen erregt. Man empfindet ihn als Absicht einer radikalen Enteignung Portugals, denn man ist sich nicht im Zweifel, daß auch die südliche Hälfte von Portugiesisch-Ostafrika dann an die Union verloren gehen würde.

Die Absichten der Südafrikanischen Union auf die Delagoa-Bucht sind ja alt. Es ist auch im Verlauf des Krieges oftmals die Möglichkeit einer Abtretung gegen entsprechende Entschädigung im südlichen Deutsch-Ostafrika erörtert worden, wogegen natürlich die portugiesische Presse protestiert hat. Neuerdings haben aber die südafrikanischen Blätter einen direkt drohenden Ton angeschlagen, sodaß der Generalgouverneur von Mozambique die Lissaboner Regierung ersuchte, Schritte zu tun, um dem Anneziionsfeldzug der südafrikanischen Presse ein Ende zu setzen. Wie ernst man diese Gefahr nimmt, zeigt am besten ein Satz aus dem „Commercio do Porto“ v. 4. 10.: „Wir haben bereits gesagt, daß es vollständig unsinnig ist, mit unserer Militärmacht in Afrika unseren heutigen Freunden zu helfen, die allem Anschein nach morgen unsere

Feinde sein werden". Das Blatt spricht allerdings nur von der Union und hält es noch für „undenkbar, daß England unserer Verteidigung Schwierigkeiten in den Weg legen würde“.

Nun ist aber, selbst wenn das hier ausgesprochene Vertrauen in England gerechtfertigt wäre, und wenn auch keine andere Macht Portugals Kolonialbesitz antasten wollte, Portugal wirtschaftlich nicht in der Lage, seine Kolonien zu halten. In ihrem heutigen Zustande brauchen die Kolonien große Mittel, um die direkten und indirekten Kriegsschäden zu heilen. Schon vor dem Kriege aber war Portugal aus eigener Kraft nicht in der Lage, seine Kolonien wirtschaftlich zu entwickeln und konnte deswegen nie dazu kommen, wirklichen Nutzen daraus zu ziehen. Womit soll in Zukunft das bankrotte Portugal die großen, unvermeidlichen kolonialen Ausgaben bestreiten können?

In den Kolonien mehren sich daher auch die Stimmen, die eine Loslösung vom Mutterland wünschen. In Angola ward schon vor dem Kriege vielfach die Ansicht geäußert, daß man besser führe, wenn die Kolonie in kapitalfräftigere und ordnungsfähige Hände überginge. Ein Azoreaner trat kürzlich im „Dia“ für Losstrennung der Azoren ein, deren Interessen und Zuneigung sich nach Amerika richteten. „Jornal do Commercio“ v. 8. 9 ereifert sich gegen diese und ähnliche,

sich mehrende Stimmen. Der Gedanke, Kolonien zur Deckung der Schulden fortzugeben, erscheint dem Blatt unsinnig, weil sich „der seltsame vernunftwidrige Schluß daraus ergeben würde, daß wir in den Krieg zogen, unsere Kolonien zu retten und diese abtreten, um den Krieg führen zu können.“

Die Weltgeschichte hat ihre eigene Logik, und es ist zweifellos schwer für Portugal, sich ihrem Gedankengang anzubequemen. Indes, wenn es nicht alles verlieren will, wird es rechtzeitig freiwillig seine Rechnung regulieren müssen, solange es überhaupt noch ein — wenn auch kleiner — Faktor in der großen Kriegsberechnung ist. Von dieser Erkenntnis und der Geschicklichkeit bei ihrer Umsetzung in die Praxis wird es abhängen, ob überhaupt noch ein Rest der alten portugiesischen Kolonialherrlichkeit bestehen bleibt.

Für uns Deutschen aber gewinnen unter den jetzigen Verhältnissen die portugiesischen Kolonien höheres Interesse, da wir damit rechnen können, daß sie einen Teil der Gebiete bilden, die uns von England am Friedentisch als Kompensation angeboten werden. Wir wollen daher ihrem jetzigen Zustande, soweit er sich aus den spärlichen Nachrichten ermitteln läßt, an gesonderter Stelle die gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Dr. P. Heile

Seefischereistatistik der nordeuropäischen Staaten

Seitdem in den Jahren 1912 und 1914 vom Ausschuss für die internationale Meeresforschung die Statistischen Bulletins für die Jahre 1909 und 1910 veröffentlicht wurden, liegt jetzt die daran anschließende Publikation für die Jahre 1911 und 1912 in der Bearbeitung von Prof. D'Arch W. Thomson*) vor.

Diese enthält auf Grund der Beschlüsse einer für diesen Zweck eingesetzten Kommission einige Veränderungen gegen früher. Namentlich soll sich das Bulletin nicht mehr auf die im Ausschuss vertretenen Länder beschränken, sondern tunlichst die Fischereistatistik der hauptsächlichsten Länder der ganzen Welt zu erfassen suchen, womit ein zunächst noch sehr bescheidener Anfang gemacht wurde; auch wurde außer der Statistik des Berichtsjahres eine vergleichende Übersicht über die 5 vorausgegangenen Jahre gegeben und im Allgemeinen eine Konzentration und Vereinfachung der Tabellen angestrebt.

Wie allen solchen statistischen Zusammenstellungen, so haften auch den vorliegenden mancherlei Unvollkommenheiten und Fehler an, die in der Ungleichheit des bearbeiteten Materials und der verschiedenen Auffassung der Bearbeiter ihre natürliche Erklärung finden; wer aber die Schwächen statistischer Methoden kennt, wird diese Übersicht über die nordischen Fischereien für viele Absichten zweckdienlich und im allgemeinen besser befinden, als man sie auf vielen anderen Handelsgebieten anzutreffen vermag.

Die Gesamtfangmengen und Ertragswerte für die in Betracht gezogenen Länder während der Jahre 1907 bis 1912 finden in folgenden Zahlen ihren absoluten und prozentualen Ausdruck.

	Gesamtertragswert d. nordeurop. Fischereien in Mill. M.	% v. Mittel	Gesamtfangmenge in Mill. kg	% v. Mittel
1907	463	95,3	2360	92,5
1908	445	91,6	2374	92,6
1909	460	94,0	2489	97,5
1910	498	101,3	2620	102,3
1911	513	104,2	2698	105,2
1912	562	113,0	2827	109,8
Mittel	487		2561	

Der Gesamtwert der Fischereien aller nordeuropäischen Länder mit Einschluß von Frankreich, aber ohne die Mittelmeerfischereien dieses Landes belief sich in den Jahren 1911 und 1912 auf

513 bzw. 562 Mill. M bei einer mittleren jährlichen Wertsteigerung von 4 % für die letzten 5 Jahre. Die entsprechenden Gesamtfangmengen belaufen sich in den genannten beiden Jahren auf 2698 bzw. 2827 Mill. kg bei einer mittleren jährlichen Zunahme von 3½ % für die letzten 5 Jahre.

Verteilung auf die einzelnen Länder

Auf die einzelnen in Betracht gezogenen Länder verteilen sich diese Werte und Mengen in den nachbenannten Jahren in folgender Weise:

	1. Ertragswert der Seefischereien in Mill. M.					Mittel aus den letzten 6 Jahren
	1908	1909	1910	1911	1912	
Rußland ...	3.1	3.1	5.4	5.7	6.6	4.9
Finnland ..	—	—	4.4	4.1	3.4	—
Schweden ..	14.1	13.7	15.4	14.8	16.3	14.5
Norwegen ..	45.2	48.6	52.6	62.7	61.9	53.7
Dänemark ..	15.3	14.0	15.7	17.1	19.0	16.1
Island	—	—	—	—	8.3	—
Färöer	—	—	1.4	2.2	2.7	—
Deutschland ..	29.2	29.9	35.6	36.3	40.3	33.4
Holland	20.0	32.6	33.8	35.0	38.3	32.6
Belgien	5.4	5.3	5.4	5.2	4.8	5.3
England	160.8	155.2	163.9	166.5	184.2	235.3
Schottland ..	51.7	59.2	63.4	62.6	73.1	
Irland	6.8	7.3	7.5	7.5	7.3	
Frankreich ..	87.8	91.1	94.1	93.4	95.9	91.0
Insgesamt ..	445.5	460.0	498.5	513.0	562.1	—
Italien	20.0	21.7	23.4	22.3	20.3	—
Österreich ..	7.8	8.4	7.5	8.8	8.8	—
Japan	132.7	140.2	159.1	168.7	180.3	—
Australien ..	12.6	14.4	—	—	—	—

	2. Ertragsmengen der Seefischereien in Mill. kg					Durchschnittl. Marktpreis f. d. kg in Å
	1908	1909	1910	1911	1912	
Rußland ...	9.9	11.6	22.0	23.0	22.6	31
Finnland ..	17.3	17.1	15.6	14.0	10.6	30
Schweden ..	91.2	98.3	119.2	119.3	120.5	14
Norwegen ..	503.3	614.6	629.5	693.0	813.7	8
Dänemark ..	42.9	43.1	42.9	54.2	61.9	34
Island	73.8	66.2	78.4	81.6	86.8	10

*) Bulletin Statistique des Pêches Maritimes des Pays du Nord de l'Europe. Vol. VIII pour les années 1911, 1912. Copenhague 1917. (Conseil Permanent pour l'Exploration de la Mer.)